

Bürgeranfrage zur Ratssitzung am 26.11.2015

betrifft Notunterkunft für Flüchtlinge in Minden Häverstädt

Ich bitte um schriftliche Beantwortung, da ich aus gesundheitlichen Gründen verhindert bin an der Ratssitzung teilzunehmen

Wann wird der Maulkorberlass gegen Journalisten und Stadtverordnete endlich zurück genommen?

Begründung:

Durch die Initiative des Stadtverordneten Freise (FDP, unterstützt von den Piraten, auch das MT berichtete) ist publik geworden: Zur Flüchtlingsunterkunft in Häverstädt ist derzeit Journalisten und Stadtverordneten ein freier Zugang verwehrt. Natürlich können hier nicht Hans und Franz Zugang bekommen, aber was soll ein Maulkorb für Presse und Ratsmitglieder, die sich ernsthaft darum bemühen, sich selbst zu informieren? Die Berichterstattung der Lokalzeitung ist besonders wichtig, um den Gerüchten über die Notunterkunft in Häverstädt wirksam zu begegnen. Denn nur wer informiert ist und z.B. weiß, wie viele Flüchtlinge in der Notunterkunft untergebracht sind, wie viele Helfer eingesetzt sind und wie der Sicherheitsdienst funktioniert, kann Übertreibungen, Falschbehauptungen etc. überzeugend zurechtrücken. Leider weiß heute nicht einmal die Bundesregierung, über die Flüchtlingszahlen in Deutschland verlässlich Bescheid. Umso wichtiger wäre es, wenigstens in den Kommunen einen Anfang zu machen. Von jeder Spekulation würden sonst weiterhin insbesondere rechte Rattenfänger profitieren.

Zurzeit wird der berechtigte Wunsch nach mehr Information im Mindener Rathaus mit einem Ablenkungsmanöver beantwortet: Notwendige Informationsarbeit wird als „Störung der Privatsphäre von Flüchtlingen“ schlecht geredet. Halten etwa Redakteure seriöser Medien, wie das MT oder das WDR-Studio Bielefeld, Pivatschnüffeleien für erstrebenswert? Das würde in den Redaktionen und bei Lesern/Zuschauern mit Sicherheit niemals durchgehen. Stadtverordnete könnten mit Geschichtchen bei ihrer Arbeit ebenso nichts anfangen. Auch Flüchtlinge und Helfer dürften zwischen Informationsarbeit und Schnüffeleien unterscheiden, und etliche wären bestimmt dankbar, weitere verlässliche Ansprechpartner kennen zu lernen.

Gute Medienarbeit ist überall ein wichtiger Schutz für die Flüchtlinge. In Minden wissen wir sehr wenig darüber, was in Häverstädt und in ähnlichen Einrichtungen im Kreis los ist. In Hamburg begann der Senat z.B. erst dann mit der Beseitigung eklatanter Missstände, nachdem in den Medien trotz Behinderungen (Filmverbot usw.) berichtet wurde. Behinderung der Medien, wie sie derzeit im Mindener Rathaus gepflegt wird, ist in Wahrheit kontraproduktiv für den Schutz der Flüchtlinge.

Wann beenden die schweigenden Stadtverordneten die Geheimniskrämerei im Rathaus?

Begründung:

Erst jetzt ist bekannt geworden, dass es schon unter Bürgermeister Buhre einen Maulkorberlass gab. Ich frage mich, ob die große Mehrheit der Stadtverordneten damals im Tiefschlaf gesteckt hat, wegen zu viel Untertanengeist den Mund hielt, sich für Flüchtlinge nicht interessierte ...??? Die Stadtverordneten sollten erklären, wie sie über den neuen Stadthaushalt diskutieren. Es ist falsch, wenn von der Verwaltungsspitze behauptet wird, es handele sich im Fall Häverstädt nur um eine „Amtshilfe“, die die Kommune und die Stadtverordneten nichts angehe. Tatsächlich muss die Notunterkunft in Häverstädt ebenfalls aus der Stadtkasse mitfinanziert und in verschiedenen Posten im Mindener Stadthaushalt beschlossen werden, oder ist hier nur das Abnicken angesagt?

Mit freundlichem Gruß

Kristan Kossack

Minden, den 15.11.2015